

Ein Dialog

Steffen Huck und Jan Stöß

Der Preis der Sicherheit

Ein Professor für Spieltheorie und ein Verteidigungsexperte reden über Waffen. Was beginnt wie ein Witz, ist in diesem Heft aktueller Ernst. Der Wirtschaftswissenschaftler Steffen Huck, Direktor der WZB-Abteilung Ökonomik des Wandels, und der Jurist Jan Stöß, Fellow in dieser Abteilung und Leiter der Rechtsabteilung des Bundesverteidigungsministeriums, loten aus, was Sicherheit und Freiheit in Zeiten des Ukraine-Krieges kosten.

Steffen Huck Wir haben schon lange keine Partie „Risiko“ mehr gespielt.

Jan Stöß Ja, Gott sei Dank. Ich erinnere mich an ganz schön viel schlechte Laune.

Huck Du hast aber doch mindestens die letzten drei Spiele gewonnen.

Stöß Wurmt dich das noch?

Huck Um ehrlich zu sein, ja. Ziemlich sogar. Und ich wünschte, ich könnte sagen, du hast nur ordentlich Glück gehabt. Aber dafür hast du einfach zu oft gewonnen. Das hatte fiese Methode.

Stöß Danke für die Blumen.

Huck Manchmal hätte ich mir gewünscht, wir hätten mit einem Patt aufhören können. In einer Art Gleichgewicht des Schreckens, in dem wir uns beide hätten sicher fühlen können.

Stöß Darauf ist das Spiel aber nicht ausgelegt.

Huck Im Unterschied zum richtigen Leben?

Stöß Das ist wahrscheinlich im Moment die Gretchenfrage. Lange sah es ja so aus, als hät-

ten wir ein Gleichgewicht der Sicherheit, selbst während des Kalten Krieges und mehr noch danach, als sich die Szenarien der akuten Bedrohung durch eine Atommacht in Luft aufgelöst zu haben schienen.

Huck Da schien es, als gebe es Sicherheit zum Nulltarif.

Stöß Zumindest mit der vielzitierten Friedensdividende. Wir hatten natürlich im Bereich der inneren Sicherheit Gefahren, die von Terrorismus ausgingen, und die Polizei hat ja ihre Arbeit auch nicht eingestellt. Die Gefahren durch den internationalen Terrorismus haben die Einsatzrealität der Bundeswehr maßgeblich geprägt. Aber die Kernaufgabe der Verteidigung der Bevölkerung vor Gefahren, die von Krieg ausgehen, Krieg in Europa, die Landes- und Bündnisverteidigung, die schien in der Tat billig zu lösen. Ein Trugschluss, wie sich herausgestellt hat.

Huck Weswegen Deutschland aufgehört hat, Panzer zu kaufen.

Stöß Du hast da ja immer gerne den Agent Provocateur gespielt. Wie lange kennen wir uns jetzt?

Huck Über zwanzig Jahre.

Stöß Genau, und ich weiß noch, dass du schon bei einem unserer ersten gemeinsamen Abende in einer hitzigen Diskussion für mehr Panzer plädiert hast.

Huck Dieser Instinkt hat mir bei „Risiko“ aber auch nicht geholfen.

Stöß Naja, mit mehr Truppen auf dem Spielfeld hättest du vielleicht auch mal gewonnen.

Huck Ich hab nicht immer verloren.

Stöß Aber oft. Und das als Professor für Spieltheorie.

Huck Touché. Und es ist ja auch klar, dass die Idee noch immer verlacht werden würde ohne Russlands Angriffskrieg. Ich fand aber die Beweisführung, dass aus 50 oder 60 Jahren Frieden ewiger Frieden folgt, nur immer wie einen Beweis mit nicht ganz vollständiger Induktion und auch historisch durch nichts gerechtfertigt.

Stöß Aber du bist doch der Ökonom hier. Ihr wart es doch, die an ewigen Frieden durch Handel und globales Wachstum geglaubt haben. Sicherheit nicht nur umsonst, sondern quasi als Abfallprodukt steigenden Wohlstands.

Huck Du bist jetzt in deiner Funktion als Leiter der Abteilung Recht und Organisation im Verteidigungsministerium auch für die Regeln zuständig, die den Einkauf neuer Panzer bestimmen.

Stöß Ja, auch. Zu den Problemen dieser Regelungen gehört, dass die über die Jahre aufgebauten Prozesse und Verfahren dazu geführt haben, dass die Beschaffung unendlich kompliziert und zu langsam geworden ist. Es war vieles nicht auf Geschwindigkeit, sondern eher noch auf Verzögerung angelegt, weil ohnehin nicht genug Geld da war.

Huck Daran kann man doch etwas ändern.

Stöß Das tun wir. Es gibt ein neues Gesetz zur Beschleunigung des Beschaffungswesens, aber auch die Entscheidung des neuen Ministers Pistorius, alle internen Regelungen, die bestehende gesetzliche Vorschriften verschärfen und zusätzliche Vorgaben draufsatteln, außer Kraft zu setzen. Da läuft gerade das größte



*Steffen Huck ist Direktor der Abteilung Ökonomie des Wandels am WZB und Professor für Ökonomie am University College London.
steffen.huck@wzb.eu*

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Entbürokratisierungsprojekt in der Geschichte der Bundeswehr. Die selbst angelegten Fesseln und der Hang zu Goldrandlösungen haben die Beschaffung nämlich nicht nur langsam, sondern auch teuer gemacht.

Huck Also keine Panzer mehr, die so gebaut werden, dass sie auch für Schwangere einen sicheren Arbeitsplatz darstellen?

Stöß Solche Beispiele gibt es leider viele. Natürlich müssen wir darauf achten, unsere wichtigste Ressource, nämlich die Soldatinnen und Soldaten, bestmöglich zu sichern. Aber Regelungen, die gar nicht zu mehr Sicherheit, sondern nur zu mehr Bürokratie geführt haben, müssen aufgehoben werden. Wenn wir es schaffen, schneller, pragmatischer und damit im Ergebnis günstiger zu werden, dann fällt damit auch der Preis von Sicherheit.

Huck Hast du dich denn mit den Preisen des Geräts vertraut gemacht?

Stöß Das sind keine Staatsgeheimnisse, das lässt sich im Internet nachlesen. Man kann – für einen Ökonomen wahrscheinlich wenig überraschend – feststellen, dass die global gestiegene Nachfrage nach Rüstungsgütern auch Auswirkungen auf die Preise hat.

Huck Je gefragter Sicherheit, desto teurer wird sie. Das ist in der Tat aus ökonomischer Sicht wenig überraschend. Aber hast du einen Überblick darüber, wie sich das summiert? Ich meine, zum Beispiel, wie viele Panzer bräuchten wir denn, um die Ostflanke der NATO effektiv zu schützen?

Stöß Das ist nicht einfach zu beantworten. Denn es kommt nicht allein auf die Zahl der Panzer an, sondern auf das Zusammenwirken verschiedener Waffensysteme, auf die zur Verfügung stehende Munition, den technologischen Vorsprung, die Qualität der Aufklärung, den Rückhalt der Streitkräfte in der Bevölkerung und den Zusammenhalt mit unseren Verbündeten. Die Ukraine zeigt ja gerade, dass ein zahlenmäßig unterlegener, aber entschlossener Verteidiger sich effektiv gegen einen Aggressor zur Wehr setzen kann. Aber sag doch mal, wie sieht das denn aus Sicht der Ökonomik aus? Ihr müsstet den Preis von Sicherheit doch beziffern können?

Huck Das können wir, wenn es denn Sicherheit gibt. Kann man in Modellen annehmen, dass es sie gibt, dann können wir den Preis auch ausrechnen. Im richtigen Leben ist perfekte Sicherheit aber illusorisch. Es werden ja selbst Credit Default Swaps für Bonds gehandelt, also Papiere, die einen auszahlen, wenn einer Pleite geht, und auch die für deutsche Anleihen haben einen positiven Preis. Der aktuelle Preis impliziert ein Risiko von 0,23 Prozent für eine deutsche Staatspleite, bei der die Anleger nur noch 40 Prozent von ihrem Geld zurückbekommen. Das ist natürlich eine kleine Zahl, aber perfekte Sicherheit ist etwas anderes.

Stöß Ebenso wenig gibt es eine perfekte Sicherheit in der Verteidigungspolitik.

Huck Aber wie bestimmt man dann, was ein akzeptables Risiko ist und was nicht?

Stöß Das ist eine im Kern politische Entscheidung. Wir sind gerade im Bereich der äußeren Sicherheit stark vom Verhalten anderer abhängig, über deren Entscheidung wir letztlich keine Kontrolle haben. Meine Grundüberzeugung ist, dass das Recht, und hier vor allem das Völkerrecht, einen entscheidenden Beitrag dazu leistet, das Verhalten von Staaten zu beeinflussen. Das Regelungssystem, auf dem der internationale Frieden basiert, ist keineswegs perfekt, aber es hat eine feststehende Fundamentalnorm, von der nur wenige Ausnahmen akzeptiert sind: das Gewaltverbot. Diese Norm hat unverändert einen starken Rückhalt in der Staatengemeinschaft, wie die Abstimmungen in der Generalversammlung der Vereinten Nationen über den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wieder gezeigt haben. Die Festigkeit des Fundaments der internationalen Ordnung kann aber nicht allein durch das Völkerrecht gewährleistet werden. Es bezieht sei-



*Ministerialdirektor **Jan Stöß** ist WZB-Fellow der Abteilung Ökonomik des Wandels. Er ist Leiter der Rechtsabteilung im Bundesministerium der Verteidigung.*

Foto: © Bundesministerium der Verteidigung, alle Rechte vorbehalten.

ne Stärke daraus, dass wir für diese Grundnorm des internationalen Zusammenlebens auch einstehen. Dazu gehört, völkerrechtswidrig angegriffene Staaten entschlossen in ihren Verteidigungsanstrengungen zu unterstützen. Wenn wir es zulassen, dass sich ein Angriff auf die Souveränität eines anderen Staates und damit eine Verletzung des Gewaltverbots für den Angreifer lohnen, gerät das gesamte System, das internationalen Frieden und Sicherheit gewährleistet, in eine bedrohliche Schiefelage. Daher liegt es in unserem ureigenen Interesse, dafür zu sorgen, dass Aggressoren für den Bruch des Völkerrechts einen hohen Preis zahlen.

Huck Um doch noch einmal auf das Spiel „Risiko“ zurückzukommen: In welchem Verhältnis muss der Angreifer im wahren Leben dem Verteidiger überlegen sein, um erfolgreich sein zu können?

Stöß Die militärgeschichtliche Erfahrung und die daraus gezogenen taktischen Lehren sagen, dass der Angreifer dem Verteidiger ungefähr dreifach überlegen sein muss, um erfolgreich zu sein, auch wenn das jetzt sehr pauschal ist.

Huck Das heißt, wir brauchen nur ungefähr ein Drittel des Budgets eines potenziellen Angreifers, um nahezu Sicherheit gewährleisten zu können?

Stöß Nein, das wäre ein Fehlschluss. Am Ende ist die wirkliche Welt eben doch komplexer als ein Brettspiel. Deshalb war das Sondervermö-

gen in Höhe von 100 Milliarden Euro notwendig und überfällig.

Huck Die Wehrbeauftragte Eva Högl sagt, es bräuchte 300.

Stöß Eva Högl weist auf ein konkretes Problem hin: Auch 100 Milliarden Euro reichen noch nicht aus, um die jahrzehntelange Vernachlässigung der Streitkräfte kurzfristig auszugleichen, vor allem, wenn wir nicht nur über Ausrüstung, sondern auch über Infrastruktur und Instandhaltung reden. Mehr Mittel, auch im laufenden Haushalt, würden ein Mehr an Sicherheit kaufen, auch deshalb, weil wir uns in dieser sicherheitspolitischen Lage als starke militärische Stütze unseres Bündnisses erweisen müssen. Die Erwartungen unserer Partner sind ja nicht völlig überraschend. Die schauen auf die wirtschaftliche Kraft Deutschlands und fordern ein sicherheitspolitisches Engagement ein, dass dieser Stärke entspricht.

Huck 300 Milliarden wären ca. 8 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts.

Stöß Eine große Zahl, das gebe ich zu, und die Wehrbeauftragte hat diese Summe ja auch nicht pro Jahr gefordert, sondern als Aufstockung des einmaligen Sondervermögens. Aber man muss das mal in historischer Perspektive sehen. 1943 und 1944 haben die Amerikaner

rund 40 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für ihr Militär ausgegeben.

Huck Und damit die freie Welt gerettet. Das Äquivalent wären für Deutschland heute rund 2.400 Milliarden Euro.

Stöß Eine unfassbar große Zahl, und ich kenne auch niemanden unter den politisch Verantwortlichen, der selbst die 100 Milliarden Euro nicht lieber in Bildung, Klimaschutz oder sozialen Ausgleich investieren würde. Aber dieser Preis der Sicherheit ist eben auch der Preis unserer Freiheit.

Huck Wenn es um alles geht, muss man auch alles einsetzen?

Stöß Hast du mir nicht mal von einem Resultat in euren Theorien erzählt, darüber, wie man spielen muss, wenn man mit dem Rücken zur Wand steht?

Huck Das kann gut sein. Wer mit dem Rücken zur Wand steht, darf sich nicht mehr mit Risikoabwägungen abgeben. Dann gilt es, alles auf eine Karte zu setzen, so wie es die Amerikaner im Zweiten Weltkrieg getan haben. Aber davon sind wir noch ein Stück weit entfernt?

Stöß Das ist zu hoffen. Aber die Hoffnung allein wäre ein schlechter Ratgeber. Wir sollten ihr Entschlossenheit und Wachsamkeit zur Seite stellen. ●